

Politik, sondern suchen den Ausweg wie eh und je auf imperialistische Art und Weise.

Die aggressivsten Führungskreise des westdeutschen Monopolkapitals haben die Krise der Erhard-Regierung genutzt, um sich für die Durchführung ihres sozialreaktionären Kurses und ihrer Expansionspolitik günstigere Bedingungen zu schaffen. Unter Ausnutzung der sozialen Unsicherheit und der Angst von Millionen Werktätigen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes steuern sie beschleunigt auf die formierte Herrschaft zu. Das westdeutsche Monopolkapital will die gegenwärtige, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Krise auf Kosten der Arbeiterklasse lösen: deren materieller Lebensstandard soll beschränkt, ihre Rechte sollen abgebaut werden.

Die Monopolbourgeoisie und ihre Regierung Kiesinger/Strauß haben ein ganzes Programm entwickelt, um unter der Losung „innere Staatsreform“ die demokratischen Rechte der Bevölkerung, die sich für die Verwirklichung der Expansionspolitik als hinderlich erweisen, zu beseitigen. Eine reaktionäre Reform des Wahlrechts und des Strafrechts, der Ausbau der Notstandsgesetzgebung, die Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften, ein als „Stabilisierungsgesetz“ bezeichnetes Ermächtigungsgesetz für die Wirtschaft und überhaupt die allgemeine Erweiterung der staatlichen Zentralgewalt sollen bewirken, daß die staatsmonopolistische Herrschaftsgruppe der tiefen innerpolitischen Krisenerscheinungen Herr werden kann.

Mit diesen ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen und Widersprüchen geht eine ideologische Krise einher. Die Wirklichkeit hat die Behauptung, der Markt sei der beste Regulator der Wirtschaft und in der „freien Marktwirtschaft“ habe auch das Kleinunternehmen eine echte Chance, schlagend widerlegt. Heute wird nicht nur offen die staatliche Förderung der Konzentration des Kapitals betrieben, sondern auch immer lauter die Forderung nach der ehemals geschmähten Planung im Interesse der Monopole erhoben. Verstummt sind die Theorien von der „Wohlstandsgesellschaft“ und vom „Volkskapitalismus“. An ihre Stelle ist der Aufruf getreten, Opfer zu bringen. Immer häufiger ist die staatsmonopolistische Führungsgruppe gezwungen zu behaupten: Um den Wohlstand zu sichern, sei es notwendig zu verzichten; um den Rechtsstaat zu schützen, sei es notwendig, Rechte einzuschränken; um die Freiheit zu verteidigen, sei es unvermeidbar, demokratische Freiheiten abzubauen. So bestätigt die Monopolbourgeoisie auch in ideologischer Hinsicht ihren Bankrott.

Immer sichtbarer wird der Widerspruch zwischen dem sich aus der technischen Revolution ergehenden Notwendigkeit, die Wirtschaft im Interesse